

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Verleger
aus der Anstalt der Postanstalten
entgegen. — Erscheint wöchentlich.
Gesamtpreis — Anschlag Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Angelagerter: Die Anzeiger für das Erzgebirge
entgegen. — Erscheint wöchentlich.
Gesamtpreis — Anschlag Nr. 53.

Entgeltlos: Cagblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Aue Leipzig Nr. 1008

Nr. 176

Freitag, den 31. Juli 1925

20. Jahrgang

Annahme des Zollkompromisses.

Die ermäßigten Zölle gelten bis 31. Juli 1926.

Bei der fortgesetzten Einzelberatung der Agrarvorlage im handelspolitischen Ausschuss des Reichstages entspann sich eine ausführliche Debatte über den bekannten Ermächtigungsantrag der Regierungsparteien, der die Regierung ermächtigen will, im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses mit Zustimmung des Reichsrates und eines Ausschusses des Reichstages die Eingangszölle für zollpflichtige Waren zu ändern oder aufzuheben und nach dem Zolltarif zollfreie Waren mit Eingangszöllen zu beladen.

Abg. Breitfeld (Soz.): Wie sind aus sachlichen und verfassungsrechtlichen Gründen nach wie vor gegen diese Ermächtigung. Ich erinnere an Artikel 6 der Reichsverfassung, wonach die Zollgesetzgebung allein Sache von Reichsgesetzen zu sein hat und an Artikel 68 der Reichsverfassung, wonach Reichsgesetze vom Reichstag beschlossen werden müssen. Was in dem Ermächtigungsantrag der Regierungsparteien geplant wird, ist eine Delegation der Rechte des Reichstages an Regierung, Reichsrat und einen Ausschuss des Reichstages. Die Weimarer Verfassung kennt aber nicht das Recht der Delegation von Reichsverordnungen. Die Öffentlichkeit steht zu den Ausschüssen in ganz anderem Verhältnis als zum Plenum des Reichstages. Die Mehrheitsverhältnisse in den Ausschüssen sind auch von Zufälligkeiten abhängig. Es steht bis jetzt noch nicht einmal fest, welcher Ausschuss in dem Ermächtigungsantrage gemeint ist. Wir warnen vor der Uebertragung solcher Rechte an einen Ausschuss.

Landwirtschaftsminister Graf Kainz: Die Reichsregierung hat keine Veranlassung, von dem Standpunkt zum Ermächtigungskompromiß, der neulich hier vom Vertreter des Reichsinnenministeriums zum Ausdruck gebracht worden ist, abzuweichen. Der Abg. Dr. Breitfeld hat gefragt, welcher Ausschuss in Frage käme. Soweit sich das jetzt übersehen läßt, würde der handelspolitische Ausschuss in Frage kommen, und für den Fall,

daß im Bedarfsmoment kein Reichstag besteht, der Ermächtigung zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung. Die Ermächtigung soll nur in Funktion treten in gewissen Ausnahmefällen, z. B., wenn wir bis zum Außertrastreten der mäßigen Zölle zu keinem Handelsvertrage gekommen sind. Wenn wir einen solchen Handelsvertrag abgeschlossen haben, der dann die Vertragslage festlegt, würde ganze Ermächtigung hinfällig werden. Es könnte aber auch ein Handelsvertrag abgeschlossen werden, der nicht alle Positionen restlos umfaßt; dann würde wiederum die Ermächtigung in Funktion treten, und zwar entsprechend den jeweils bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen. Es könnte sich dann sehr wohl ergeben, daß man von den autonomen Sätzen heruntergehen müßte, um eine bessere Basis zu schaffen. (Zuruf: Warum wollen Sie das nicht im Plenum machen?) Im Plenum wollen wir das deshalb nicht tun, weil der Ausschuss schneller arbeiten kann und nicht so viel politischen Konfliktstoff bietet wie eine Beratung der Einzelpositionen im Plenum.

In den Abstimmungen wurden

jämliche Anträge der Kompromißparteien angenommen

Von den noch nicht erwähnten Kompromißanträgen, die Annahme fanden, ist bedeutend der, der auch die Zölle für Vieh und Fleisch (Rindvieh 13 Mark, Schafe 13 Mark, Schweine 14,50 Mark pro Doppelzentner Lebendgewicht, Schweinefleisch 21 Mark, anderes frisches Fleisch 24 Mark) mit befristet. Von sämtlichen Anträgen der Opposition fand Annahme nur ein demokratischer Antrag, der die Befristung für die ermäßigten Zölle vom 31. März 1926 auf den 31. Juli 1926 verlängert.

Wie auf die Besprechung der Terminen des Inkrafttretens der Zollvorlage, die am Donnerstag erfolgen soll, ist die erste Sitzung erledigt.

gehörtenbesetzung in die Hände der Rebellen gefallen, die alle Gebäude verbrannten, die Stämme der Tuak und Braines, die mit den Franzosen verhandelt wussten, haben sich dem Kriege angeschlossen.

Paris, 29. Juli. Die Tätigkeit der französischen Truppen in Nordmarokko ist durch die außerordentliche Hitze sehr erschwert.

Luffahrt- und Entwaffnungsnote.

Berlin, 29. Juli. Die Kabinettsbesprechungen über die Luffahrt- und Entwaffnungsnote sind bis jetzt über die Festlegung der Grundlinien nicht hinausgekommen. Ein zentraler Stelle wird beauftragt, daß keine Annahme der beiden Noten in Frage komme.

Von zuverlässiger parlamentarischer Seite wird weiter gemeldet, daß die deutsche Antwort über die nicht annehmbaren Punkte der Luffahrt- und Entwaffnungsnote so gehalten sein soll, daß sie den Weg zu weiteren Verhandlungen offen läßt. Die Demarche Deutschlands in London und Paris nach einer freiwilligen Wiederrückgabe der Luffahrt- und Entwaffnungsbestimmungen hat, wie verlautet, einen unmittelbaren Erfolg nicht gehabt.

Diese Mitteilung wird durch die Nachricht eines englischen Blattes bestätigt. Nach einem Drahtbericht aus London melden die „Evening Times“: Auf die deutschen Vorstellungen gegen die Vorschriften für die Stilllegung der Hebelwerke und die Kontrolle des deutschen Luftschiffbaues haben Verhandlungen zwischen den allierten Kabinetten stattgefunden. Die Zustimmung Frankreichs war nicht zu erreichen. Infolgedessen hat auch die britische Regierung ein Eingehen auf die deutschen Wünsche ausgesetzt, bis die Antwort Deutschlands auf die beiden Entwaffnungsnoten vorliegt.

In den verlassen Quartieren der „grande nation“.

Das in Essen-Brederney liegende französische Artillerieregiment verließ am Sonntag früh seine „Kaserne“, als welche das wunderschöne Realgymnasium gebildet hatte. Eine offizielle Übergabe an die deutschen Behörden fand nicht statt. Diese merkwürdige Erscheinung ist wohl dadurch begründet, daß das Realgymnasium sich bei der Räumung in einem traurigen Zustand befand. Welt über die Schäden hinaus, die jede militärische Einquartierung mit sich bringt, hat das prächtige Gebäude gelitten. Die Dielen sind total zerstört, die Einweibungsbäume zerschritten, die Aborttrichter mit Gefensteln durchstoßen, die Zimmer voll Wangen, Parfüm- und Jodgeruch. Die Lederstühle in den Konferenzstimmern sind nur in ihren Gestellen vorhanden, die grünen Tischbezüge fehlen völlig, wie die meisten Holzstühle. In einzelnen Klassenzimmern sind Wände für Unteroffizierswohnungen gezogen. Sachverständige schätzen den Schaden allein in diesem Gebäude auf 150 000 Goldmark, die Wiederherstellungszeit auf mindestens zwei Monate. Wohl zum Teil noch schlimmer, sehen die übrigen jetzt verlassen Gebäude aus. Eine genaue Prüfung dieser Schäden durch neutrale Sachverständige wird sich empfehlen.

Eine Berichtigung des Assessors Rukmann.

Berlin, 30. Juli. Der bei der Berliner Staatsanwaltschaft in der Barnataffäre tätig gemessene Assessor Dr. Rukmann sendet dem „Vorwärts“ wegen dessen Veröffentlichung über ungesetliche Beziehungen Rukmanns zu Stellen der Deutschnationalen Volkspartei und zu dem Nachrichtenbüro in der Alhambrastraße eine Berichtigung, in welcher er u. a. erklärt, daß er niemals in Fühlung mit der Deutschnationalen Volkspartei gearbeitet und das Büro in der Alhambrastraße niemals von der Staatsanwaltschaft in Kenntnis oder irgendwelche Abschrift erhalten habe. Er habe von der Leitung des Büros Kroll weder mittelbar noch unmittelbar jemals einen Pfennig erhalten, ferner habe er niemals eine Abschrift des erwähnten Kammergerichtsbeschlusses hergestellt. Er habe überhaupt keinerlei Beziehungen zu irgend einer Presse.

Zur Frage des amerikanischen Kredits an die deutsche Landwirtschaft.

Berlin, 29. Juli. In Bezug auf die von Neuhoof kommenden Meldungen über schwebende Verhandlungen betreffend Kreditgewährung an die deutsche Landwirtschaft bezog. an die in der Bildung begriffene Rentenbankkreditanstalt gelautet, daß über diese Fragen in der am 5. August stattfindenden Generalversammlung der Rentenbankkreditanstalt Bericht erbracht werden wird. Sprechende Abschlüsse über amerikanische Kredite an die deutsche Landwirtschaft können das diesen Zeitpunkt nicht zusammenkommen.

Am 12. August Aufhebung der Paßrolle nach Oesterreich.

Wie der „Reichsdienst der Deutschen Presse“ erzählt, ist um 5 Uhr nachmittags das Regierungsabkommen zwischen Deutschland und Oesterreich betreffend Aufhebung der Paßrolle unterzeichnet worden. Die Aufhebung der Paßrolle beginnt am 12. August. Von da ab wird der Reiseverkehr zwischen beiden Staaten ohne weiteres mit gültigen Inlandsreisen beider Staaten möglich sein.

Fluchtversuch des chinesischen Expräsidenten.

Aus Peking wird berichtet, daß dort ein Fluchtversuch des Expräsidenten Tsoakun, der seit dem Staatsstreich des Generals Feng gefangen gehalten wurde, mißlungen ist. Tsoakun hatte sich als gemeiner Soldat verkleidet, wurde aber wiedererkannt und nach seinem Gefängnis zurückgebracht.

Reuter berichtet aus Schanghai, daß dort die allgemeine Arbeits-, Handels- und Erziehungskammer, die vor einigen Tagen geschlossen wurde, wieder eröffnet sei. Aus Hongkong wird berichtet, daß die Lage verhältnismäßig gut sei und daß ein Teil der Freiwilligen demobilisiert worden sei.

Günstiger Stand der Wirtschaftsverhandlungen mit Spanien.

Madrid, 29. Juli. Die Verhandlungen über das deutsch-spanische Handelsabkommen werden fortgesetzt. Die Spanier haben ihre Vorschläge gemacht, die von der deutschen Delegation als akzeptabel angesehen werden. Die Entscheidung liegt jetzt in Berlin, dessen Antwort dieser Tage erwartet wird. Die einzige Schwierigkeit ist die deutsche Forderung der Weyanzsitzung, in der die Spanier nicht nachgeben, dagegen scheint es, daß von spanischer Seite die Aufhebung der Kündigungsfrist nicht mehr verlangt wird.

Abbau des Ausnahmezustandes in Bayern.

München, 29. Juli. Wie der Landesdienst des bayerischen Korrespondenzbüros erzählt, werden in den nächsten Tagen Richtlinien über die Handhabung der bestehenden Bestimmungen des Ausnahmezustandes beschlossen werden, die weitere Mitteilungen der nach bestehenden Ausnahmestimmungen bringen werden. Die Bestimmungen werden schon für die Verfassungsfesten in Ausführung treten können.

Sozialisten aller Länder für den Marokkofrieden.

Paris, 29. Juli. Eine aus spanischen, englischen und französischen Sozialisten bestehende Kommission ist im Laufe des gestrigen Abends im Gebäude der französischen sozialistischen Partei zusammengetreten, um die Lage in Marokko zu prüfen. Von spanischer Seite nahmen daran teil die Sozialisten Los Rios und Sabreit, von englischer Seite der Oberst Wegwood, von französischer Seite Leon Blum, Renaudel, Paul Faure und Longuet. Nach einer Sitzung, die bis spät in die Nacht hinein dauerte, hat die Kommission eine Resolution angenommen, in der sie die sofortige Veröffentlichung der spanisch-französischen Friedensbedingungen verlangt und gleichzeitig die interessierten Regierungen auffordert, eine „sofortige und entscheidende“ Aktion zur Wiederherstellung des Friedens vorzubereiten. Die Resolution verlangt weiter, daß die Friedensbedingungen auf „direkte und schnellste Weise“ über ein Komitee übermitteln werden, und verlangt von diesem ebenfalls eine klare Antwort über seine Haltung.

Der Kongress glaubt, heißt es in der Resolution, daß die beste Methode, zum Frieden zu gelangen, darin besteht, die Friedensverhandlungen so loyal wie möglich der Kontrolle der internationalen öffentlichen Meinung zu unterwerfen. In der Hauptsache sollen die Verhandlungen folgendes umfassen:

1. Die Anerkennung der Unabhängigkeit des Rif durch Spanien,
2. eine Grenzregulierung, welcher Spanien und Frankreich zustimmen sollen, um einen Vergleich zu ermöglichen, der ebenso wegen der Verpflegung wie wegen der wirtschaftlichen Organisationen des Rif unumgänglich notwendig ist.

Die Resolution verlangt endlich, daß sofort nach Eröffnung der Friedensverhandlungen die Feindseligkeiten suspendiert werden, und daß im Falle von Meinungsverschiedenheiten der Konflikt dem Völkerbunde unterbreitet werde, in welchen der Rifstaat nach der Unterzeichnung des Friedens, wenn er es wünscht, eintreten könne.

Taza erneut bedroht.

Madrid, 29. Juli. Reisende, die aus Uda kommen, berichten, daß die Lage Tazas bedrohlich ist, und daß die Kadhlen drei Kilometer vor der Stadt stehen, viele Familien verlassen Taza. Auch auf unseren Gebieten des Kriegsschauplatzes hat der Feind nach kurzer Ruhepause seine Tätigkeit wieder aufgenommen. Bei Fez ist das Batai-Regiment mit der ganzen französischen und Ein-